

STELLUNGNAHME zum Zusatzantrag Stadtrat Tom Høyem (FDP) vom: 14.01.2014 eingegangen: 14.01.2014	Gremium:	57. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	21.01.2014 2014/0341 14 öffentlich Dez. 2
Erhöhung der interkulturellen Kompetenz in der Stadtverwaltung		

- Kurzfassung -

Die Ausbildung der interkulturellen Kompetenz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung ist als „grundlegende Maßnahme“ in der Internationalisierungsstrategie der Stadt Karlsruhe aufgeführt.

Im Rahmen der jetzt anstehenden Umsetzung der Internationalisierungsstrategie werden geeignete Maßnahmen angegangen. Die Verwaltung wird berechnen, in welchem Umfang hierfür zusätzliche Stellen gebraucht werden und welche Kosten voraussichtlich entstehen werden.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
noch nicht bezifferbar					
Haushaltsmittel stehen teilweise zur Verfügung				Kontenart:	
Kontierungsobjekt: PSP-Element:					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit KMK GmbH		

Die Stadt Karlsruhe hat es sich zum erklärten Ziel gemacht, die interkulturelle Kompetenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen und die Stadtverwaltung und ihre Gesellschaften interkulturell zu öffnen. Innerhalb der Internationalisierungsstrategie wird dem Aspekt der interkulturellen Kompetenz eine besondere Bedeutung beigemessen, in dem dieser als "grundlegende Maßnahme" verankert ist (siehe Ziffer 4.1.6) und damit allen Maßnahmenpaketen der Internationalisierungsstrategie immanent ist.

Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmenpakete ist die Verwaltung angehalten, den Aspekt der interkulturellen Kompetenz vorrangig miteinzubeziehen. Insofern sind alle konkreten Umsetzungsmaßnahmen daraufhin zu prüfen, ob und inwiefern diese zu einer Erhöhung der interkulturellen Kompetenz beitragen können und sollten. Die Internationalisierungsstrategie ist entsprechend anzupassen und fortzuschreiben.

Mit der Besetzung der Personalstelle "Internationalisierung" bei der EURegKA und der Bewilligung von ESF-Mitteln zur Erarbeitung einer Konzeption für ein "Welcome Center" laufen hierzu die Arbeiten im Sinne einer stadt- und regional übergreifenden Willkommenskultur an, die grundsätzlich im Wirken der Stadt verankert ist.

Für die Bereiche des Personalmanagements und der Personalentwicklung wird dies bedeuten, dass die in der ursprünglichen Stellungnahme zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2013 aufgeführten Aktivitäten fortgesetzt und weiter entwickelt werden.

Parallel zu diesem Prozess „Umsetzung Internationalisierungsstrategie“ laufen auch im Personal- und Organisationsamt selbst Projekte, wie etwa die Überarbeitung der Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit oder ab April 2014 ein Projekt zur Arbeitgebermarke Stadt Karlsruhe. Diese entwickeln nicht nur das Miteinander in der Verwaltung, sondern auch den Auftritt der Stadt als attraktive Arbeitgeberin nach außen in einer modernen und zukunftsorientierten Weise weiter. Vor diesem Hintergrund werden sich Stadt und TechnologieRegion Karlsruhe auch in der Initiative "FAIRantwortung" engagieren, die mit dem Ziel einer verantwortungsvollen Unternehmensführung (CSR - Corporate Social Responsibility) am 22. Januar 2014 ins Leben gerufen wird. Die Visionen, Ziele und Maßnahmen in Bezug auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und auf die Stadt als Arbeitgeberin sind hier teilweise durchaus deckungsgleich mit den Ideen der Internationalisierungsstrategie.

Insofern wird die Verwaltung auch zur Erhöhung der Interkulturellen Kompetenz unterschiedliche Konzepte entwickeln und umsetzen.

Die Verwaltung wird berechnen, in welchem Umfang hier zusätzliche Stellen gebraucht werden und welche Kosten voraussichtlich entstehen werden.